

# Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.

Anzeigen: Die dreizehnpaltene mm-Jeile 0,75 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Jülicher Straße 27.

Fernsprecher 212262.

Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen.

## Warum christliche Gewerkschaften?

Es wird vielfach in der Diskussion behauptet, die christlichen Gewerkschaften bedeuten ein Hemmnis für den Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft, weil dadurch die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zerstört wird. Gewiß ist es zu bedauern, daß diese Einheit fehlt, aber dann muß man auch die Ursachen angeben, warum es nicht anders ist. Die freien Gewerkschaften waren von jeher ein Teil der sozialistischen Bewegung, und ihr ganzes geistiges Ideengut, soweit sie nicht umgelernt haben, beruht auf der sozialistischen Lehre. Der Haß gegen die herrschende Klasse machte auch vor den Kirchentoren nicht halt und führte zu den übelsten Beschimpfungen der christlichen Kirche und ihrer Diener. Dadurch kam es erst zur Gründung der christlichen Gewerkschaften, weil sich viele Arbeiter trotz ihres Willens zur Mitarbeit an der Besserung der Lage der Arbeiterschaft nicht ihre Weltanschauung mit den Füßen treten und beschmutzen lassen wollten. Trotz des Bundes religiöser Sozialisten und dem „Roten Blatt der katholischen Sozialisten“ läßt sich auch heute noch kein Hehl daraus machen, daß die Sozialdemokratie auf atheistischem Boden steht und in stärkstem Maße vom Freidentertum beherrscht wird. Der letzte Wahlkampf hat es nun bewiesen, daß die freien Gewerkschaften nicht nur ideell, sondern auch mit großen finanziellen Mitteln die Sozialdemokratische Partei unterstützen. Eine Million Reichsmark Gewerkschaftsgelder für die SPD. dürfte auch dem Letzten, der noch an eine Neutralität der freien Gewerkschaften glaubte, die Augen geöffnet und ihm klar gemacht haben, daß die freien Gewerkschaften sozialistische Gewerkschaften sind. Es gibt jetzt kein Zögern mehr, auch der letzte Mann und die letzte Frau, die sich noch positiv zum Christentum bekennen, müssen jetzt Schluß machen mit ihrer finanziellen Unterstützung atheistischer Kreise und Bestrebungen.

Vielfach wird die Frage der Gewerkschaftsrichtung, welcher der einzelne angehört, gar nicht so ernst genommen. Oft wird gesagt: „Ich will nur meine Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern und im übrigen handele ich wie ich will.“ Die so sprechen haben noch nicht erkannt, daß die Gewerkschaften mehr sind als eine Lohnbewegungsmaschine oder gar ein Automat, in dem man den Verbandsbeitrag hineinwirft und dafür die Lohnerhöhung zurückbekommt. Die Gewerkschaften sind eine Kulturbewegung. Der Kampf geht um mehr als nur eine Lohnerhöhung oder kürzere Arbeitszeit. Es sind dies nur Neußerungen eines tieferen Willens, welcher hinter diesem Kampf steht. Weil nun diese Neußerungen bei den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften in Form von Lohn- und Tarifverhandlungen gleich sind und meist diese Verhandlungen gemeinsam geführt werden, herrscht bei vielen Leuten die Meinung für ein und dieselbe Sache seien hier zwei verschiedene Organisationen, bei denen der Unterschied nur im Namen besteht. Würde dies zutreffen, so hätten diejenigen recht, die sagen, die christlichen Gewerkschaften sind überflüssig. Wie wir aber schon eingangs sagten, scheuen sich die sozialistischen Gewerkschaften nicht, trotz allem Freiheitsgerede die Ueberzeugung der christlichen Arbeiter mit den Füßen zu treten. Für denjenigen, der weiß, daß die

ganze Weltanschauung der Sozialisten auf einer Diesseitskultur beruht und sie „den Himmel den Späken überlassen“, ist dies leicht erklärlich. Entsprechend dieser Einstellung ist das Streben der Sozialisten hauptsächlich auf eine Konsumtionspolitik eingestellt, weil ja nur ein möglichst weitgehender Genuß irdischer Güter den Sinn des Lebens nach ihrer Meinung ausmacht.

Die christlichen Gewerkschaften haben den Glauben an einen Gott und an einen höheren Sinn des Lebens. Aus diesem Glauben heraus fordern sie eine weitgehende Sicherung der Familie auf einer hohen sittlichen Grundlage. Dies bedingt aber eine gute Entlohnung, eine Arbeitszeit, die es dem Vater erlaubt, sich um die Erziehung seiner Kinder zu kümmern und so seiner hohen Verantwortung nachzukommen. Das Ideal der christlichen Gewerkschaften ist es, daß die Frau möglichst ganz sich ihrer Pflichten als Hausfrau und Mutter widmen kann, was einen ausreichenden Lohn für den Mann bedingt, damit die Frau zu Hause bleiben kann. Aus dem Gedanken der Gotteskindschaft heraus leugnen die christlichen Gewerkschaften irgendwelche Vorrechte aus Geburt oder Stand. Wir erkennen Wissen und Können an, aber sind der Meinung, daß gewissenhafte und gute körperliche Arbeit denselben Wert besitzt wie die geistige. Glanzleistungen der Wissenschaften können wir ebensolche der Hand entgegensetzen. Ist etwa der Architekt, der das Möbel zeichnet aber nicht ausführen kann, mehr als der Schreiner, der es herstellt, oder der Ingenieur mehr als der Präzisionsdrehler, der durch sein genaues Arbeiten erst die Verwirklichung der Erfindung möglich macht? Gibt es nicht auch bei den Kopfarbeitern sehr viel Durchschnitt? Verlangt nicht gerade das Christentum, daß wir neben dem beruflichen Können vor allem auch den Menschen nach seinem Charakter und neben der äußeren Bildung nach seiner Herzensbildung beurteilen?

Das Christentum verbietet uns den Klassenhaß. Wir trennen uns in dieser Beziehung scharf von den Sozialisten, wenden uns aber auch gegen den gleichen Geist im Besitzbürgertum. Aus dem Gedanken des Persönlichkeitswertes eines jeden Menschen, der seine Pflicht tut, verlangen die christlichen Gewerkschaften die Einordnung des Arbeiters in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Von jeher sind die christlichen Gewerkschaften für eine Zusammenarbeit von Arbeiter und Unternehmer eingetreten und deshalb stark angefeindet worden. Das Betriebsrätegesetz ist etwas anderes geworden als man erst unter dem Eindruck der Arbeiter- und Soldatenräte gedacht hatte. Wenn es heute ein starkes Gepräge von Wirtschaftsdemokratie trägt und den Anfang dazu bildet, so ist dies hauptsächlich der Arbeit der christlichen Gewerkschaften und denselben nahestehenden Politikern zu danken. Daß auf diesem Wege am ehesten etwas für die Arbeiterschaft zu erreichen ist, bezeugen die sozialistischen Gewerkschaften. Auf dem internationalen Kongreß derselben in Stockholm sagte der deutsche Vertreter, daß sie die Revolution ablehnen. Heute stehen die sozialistischen Gewerkschaften ebenfalls auf dem Boden der Wirtschaftsdemokratie und haben sich damit

auf einen Weg begeben, auf dem die christlichen Gewerkschaften bahnbrechend waren.

Aus der Auffassung heraus, daß der Mensch das höchste Geschöpf Gottes ist, verneinen die christlichen Gewerkschaften die Vorherrschaft des Materiellen, wie sie in der jetzigen, der sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsordnung üblich ist, wo das Kapitalinteresse maßgebend ist. Wir erstreben eine neue Wirtschaftsordnung, die den Mensch in den Mittelpunkt stellt. Ziel des Wirtschaftens darf nicht mehr sein, Geld zu verdienen, sondern allen Menschen eine Existenz zu geben, die es ihnen gestattet, ohne die ständige Sorge um das Morgen sich in stärkerem Maße aufzuschwingen zu dem Glauben an eine höhere Welt, was heute vielen in dumpfer Verzweiflung nicht mehr möglich ist. Es ist dies keine Utopie, sondern dem aufmerksamen Beobachter des wirtschaftlichen Geschehens zeichnen sich schon jetzt die leisen Umrisse einer planvolleren Wirtschaft ab, aufgebaut auf dem Gedanken, die Gefahren eines hemmungslosen Kapitalismus auszuschalten. Zunächst sind es die Unternehmer selbst, die diesen Weg beschreiten durch Abschluß internationaler Kartelle, um das gegenseitige Niederkonkurrieren auszuschließen. Die Arbeiterschaft muß durch einen weiteren Ausbau des Betriebsrätegedankens in diese Organisationen hineinwachsen, um auch für sich die Risiken des Wirtschaftslebens möglichst auszuschalten.

Stärkste wirtschaftspolitische Schulung durch die Gewerkschaften muß es der Arbeiterschaft in immer größerem Maße möglich machen, in unser gesamtes Wirtschaftsleben einzubringen, seien es Konjunkturforschungsinstitute, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern oder Aufsichtsräte und Verwaltungsausschüsse der Aktiengesellschaften, Reichsbank oder sonstige wirtschaftliche Institutionen. Können dieselben von Arbeitern beeinflusst werden und gelingt es uns, daneben durch Ruhbarmachung unserer eigenen wirtschaftlichen Macht in Konsum-, Produktiv- und Wohnungsgenossenschaften, Bank- und Versicherungsunternehmungen dem privaten Kapital ein Bollwerk entgegenzusetzen, so wird diese neue Ordnung der Arbeiterschaft eine sicherere Existenz geben als die jetzige.

Diese unsere Ziele müssen wir stärker in den Vordergrund rücken und zeigen, wie gerade unsere christliche Weltanschauung Ursache war, daß wir den Klassenkampf ablehnten und dafür neue Wege suchten, die heute auch für die sozialistische Gewerkschaftsbewegung richtungweisend sind. Wir brauchen uns nicht vor den anderen zu verstecken, sondern können stolz sein auf unsere christliche Grundlage. Und wenn wir marschieren, dann leuchtet  
sein Licht,  
das Dunkel und Wolken strahlend durch-  
bricht!

## Beamte, Angestellte und Arbeiter

Das Zentralblatt des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften bringt in seiner letzten Nummer unter der Überschrift: „Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Wirtschaftskrise“ eine Notiz, die wir, ohne ihr in allen Teilen zuzustimmen, doch nachstehend wiedergeben, weil sie in treffender Weise die Einstellung der übergroßen Mehrzahl der Arbeiter widerspiegelt. Es heißt dort:

„Die Wirtschaftsnot trifft keineswegs alle Gruppen der Arbeitnehmer gleich schwer. Bei der deutschen Dreigliederung der Arbeitnehmerschaft in die Gruppen der Beamten, Angestellten und Arbeiter soll das auch so sein.

Der Beamte wird von der Wirtschaftsnot überhaupt nicht berührt. Seine Stellung währt lebenslänglich. Gehalt und Pension laufen bis ans Lebensende. Beamtenwitwen und -waisen haben Rechtsanspruch auf ein Hinterbliebenengeld. Das Gehalt bewegt sich immer auf der gleichen Höhe. Es ist unabhängig von der Rentabilität eines Betriebes. Es gilt der Grundsatz „wohlerworbener Rechte“, die nicht abgebaut werden können. Der Arbeitgeber gewinnt die Mittel für die Versorgung seiner Beamten durch Steuern und Gebühren aus der Wirtschaft und dem Einkommen anderer Staatsbürger. Reichen die Steuern usw. zur Befolgung der Beamten nicht aus, gehen die staatlichen Abgaben der Staatsbürger zurück infolge schlechter Wirtschaftslage und geringerer Einkommen, so werden die Steuern einfach erhöht. Der in der Wirtschaft stehende Staatsbürger hat so das Vergnügen, sein Einkommen durch den Staat noch weiter verringern zu lassen, damit der Staat den wohl erworbenen Rechten der Beamten in Form des gleichen Einkommens, auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten, entsprechen kann. Kündigungen, Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechendem Lohnabzug, alles das kommt bei den Beamten nicht in Betracht. Auch dann nicht, wenn das Arbeitspensum infolge der Einwirkungen schlechter Wirtschaftslage insgesamt geringer geworden ist. Da in Zeiten schlechter Wirtschaftslage eine Senkung der Preise aber die Regel ist, erfährt der Beamte bei der Garantie seines Nominaleinkommens in Krisenzeiten eine Erhöhung seines Realeinkommens.

Die Angestellten stehen auf dem freien Arbeitsmarkt an den windigsten Stellen. Der Arbeitgeber kann Angestellte in der Regel nur entlassen mit mehrwöchentlicher Kündigungsfrist. Bei längerer Dienstzeit erweitert sich die Laufzeit der Kündigung. Im Krankheitsfall läuft bei Angestellten das Einkommen in Höhe des vereinbarten Lohnes eine Zeitlang weiter. Für das Alter und die Invalidität der Angestellten ist einigermäßen gesorgt. Der Arbeitgeber leistet für die Versicherung der Angestellten höhere Beiträge als für die Versicherung eines Arbeiters. Das Arbeitsmangel tritt keine Gehaltskürzung ein. Das Monatsgehalt läuft weiter. Wo die Arbeitgeber sich anshiden, infolge Arbeitsmangel oder Ueberlegung ihres Betriebes mit Angestellten, Angestelltenentlassungen vorzunehmen, protestiert die ganze Presse gegen solche „sozialen Ungerechtigkeiten“.

„Der Arbeiter muß die ganze Last niedergehender Wirtschaftskrisen tragen. Weil der Staat mehr Steuern haben will, um die (in besseren Zeiten festgelegten) Gehälter seiner Beamten zahlen zu können, weil die Gehälter der Angestellten nicht abgebaut werden dürfen und überzählige Angestellte gegen Entlassung weitgehend gesichert sind, muß der Arbeiter „bluten“. Er muß Lohnabzüge auf sich nehmen, um den Ausgleich im Betriebe für Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Bei Arbeitsmangel fliegen die Arbeiter zu Tausenden aus den Betrieben. Davon machen die Zeitungen kein Aufheben. (Im Gegensatz zu Entlassungen weniger Angestellten.) Obwohl die Zahl der Angestellten verhältnismäßig stärker gewachsen ist als die der Arbeiter, sind nur etwa drei Prozent der Angestellten erwerbslos gegen etwa 15 Prozent der Arbeiter. Je mehr sich die Angestellten gegen Entlassungen, Gehaltskürzungen usw. sichern, um so stärker wird der Arbeiter mit dem Betriebs- und Wirtschaftsrisiko belastet. Und alle Welt findet das so in Ordnung. Selbst der „Vorwärts“, der den Angestellten in der Berliner Metallindustrie in der Abwehr gegen Entlassungen und Arbeitszeitkürzungen mit entsprechendem Lohnabbau die Stange hielt, hingegen behauptet, daß in den städtischen Verkehrsbetrieben Berlins der Abbau von einigen hundert Arbeitern nicht zu verhindern gewesen sei, nachdem sich die Mehrheit der Arbeiter gewweigert habe, vorläufig bei gekürztem Lohn zu arbeiten, um ihren Arbeitskollegen Arbeit und Brot zu erhalten.

Vor einigen Monaten hat der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes den Versuch unternommen, eine Einheitsfront der Beamten, Angestellten- und Arbeitergewerkschaften herzustellen zur gemeinsamen Verteidigung der Rechte der einzelnen Gruppen. Aus dieser Einheitsfront ist nichts geworden und konnte nichts werden, da die Arbeiterschaft nicht das geringste Interesse daran hat, Zustände zu verteidigen, die für die Arbeiterschaft dauernd nicht tragbar sind. Je mehr sich andere Gruppen im Volke gegen das Risiko des Wirtschaftsverfalls sichern, um so stärker wird die Arbeiterschaft damit belastet. Und diese einseitige Belastung erwächst ursprünglich sicherlich nicht allein aus dem Willen der Arbeitgeber.

Es gab einmal eine Zeit, wo den Arbeitern das Sprüchelchen vorgesagt wurde, von dem, der den Anfang machen müsse, damit die Arbeiterschaft nachkommen könne. So, als die Beamten höhere Befolgung erhielten, als die Angestellten in der Sozialpolitik für sich Sonderregelungen (und damit Sonderprivilegien) begehrten. Als sich aber die Arbeiter anshiden, den Beamten zu folgen, da erklärte Herr Morath, einer der prominentesten Beamtenvertreter, daß auch die geringste allgemeine Lohnerhöhung ein Verbrehen am Volke sei; das könne die Wirtschaft nicht leisten. In der gesetzlichen Sozialpolitik ist's genau so. Den Angestellten werden Sonderprivilegien gewährt, den Arbeitern bleibt das Vergnügen, diese Entlastungen der Angestellten mit

zu tragen. Kein Gedanke daran, daß es jemals möglich wäre, für die Arbeiterschaft gleiches zu erreichen. Das gibt's eben nicht, weil unter ihr keine Schicht in der Wirtschaft mehr steht, die den Padesel abgeben könnte."

Bei der Einstellung, die die meisten Beamten- und Angestelltenverbände gegenwärtig zur Wirtschaftskrise und Arbeits-

losennot einnehmen, dabei fast jedes soziale Verständnis für die Not der sozial und wirtschaftlich unter ihnen Stehenden vermissen lassen, ist es durchaus verständlich, wenn in Arbeiterkreisen eine Verbitterung Platz greift, die nichts mit dem bloßen Reid der Besitzlosen zu tun hat, sich aber für das Wohl der gesamten Arbeitnehmer sehr ungünstig auswirken kann und muß.

## Winterarbeit

Der Sommer, der, von einer kurzen Hitzeperiode abgesehen, uns nicht allzureichlich durch schönes und warmes Wetter erfreut hat, ist vorüber. Bald sind die letzten Früchte des Gartens geerntet und werden die Geräte verkauft. Es kommt wieder die Zeit, wo man auf ein schützendes Dach angewiesen ist, die sonst zur Gartenarbeit oder einem Spaziergang benutzten Stunden können anderweitig verwendet werden. Radio, Zeitungen, Bücher, vielleicht auch ein Konzert- oder Theaterbesuch rücken wieder mehr in den Vordergrund der Freizeit. Für die Gewerkschaften heißt es, diese Zeit für eine intensivere innere Arbeit zu nutzen.

Dabei steht an erster Stelle in diesen Monaten eine eifrige Werbearbeit zu betreiben. Es genügt aber nicht bloß die Anforderung dazu, sondern dieselbe muß gut vorbereitet werden. Da ist es zunächst Aufgabe des Vorstandes, sich eingehend mit der Werbearbeit zu befassen. Es muß geprüft werden, wo noch Unorganisierte in den Betrieben vorhanden sind oder ob Betriebe da oder neugegründet sind, in denen wir noch überhaupt keine Mitglieder haben. Dabei ist zu überlegen, wie am besten vorgegangen wird, ob Betriebsversammlungen genügen, denen eine eifrige Kleinarbeit im Betrieb nachfolgt oder ob das Hauptgewicht auf die Hausagitation zu legen ist. Es müssen nach Möglichkeit auch die Gründe dafür gesucht werden, warum vielleicht in diesem oder jenem Betrieb noch so viele Unorganisierte sind; um die Ursachen dafür möglichst zu beseitigen oder die Schwierigkeiten zu überwinden. Ist so im Vorstand eine gute Botarbeit geleistet, wird es notwendig sein, die Vertrauensleute zusammenzurufen und mit diesen den ganzen Plan durchzusprechen, damit die Werbearbeit zielbewußt durchgeführt wird. Nach Möglichkeit sind noch jüngere Kollegen hinzuzuziehen, um diese stärker für den Verband zu interessieren und den Kreis der Mitarbeiter zu vergrößern. In den Mitglieder- versammlungen ist auf diese Werbeaktion hinzuweisen, damit dieselbe von allen Mitgliedern unterstützt wird. Auf diese Art wird es gelingen, mit Erfolg die Arbeit durchzuführen, was bei den Mitarbeitern neuen Mut und Begeisterung schafft. Bei einer zweiten Zusammenkunft ist dann festzustellen, wo noch Unorganisierte übriggeblieben sind und ist bei diesen mit einer intensiveren Hausagitation nachzuhelfen; hierbei sollen die Kollegen möglichst zu Zweien gehen. Nachdem die freien Gewerkschaften durch ihre Millionenspende sich offen zur SPD. bekannt haben, kann keiner, der seiner Weltanschauung nach zu uns steht, mit der Ausrede kommen: „Was in der Gewerkschaftszeitung an politischen Sachen steht, geht mich nichts an“, sondern mit seiner weiteren Zugehörigkeit zu den sozialistischen Gewerkschaften unterstützt er die SPD. und damit die Gegner seiner Weltanschauung finanziell. Es ist also auf solche Kollegen ein besonderes Augenmerk zu richten und ihnen die Zweispaltigkeit ihrer Haltung klarzumachen.

Neben der Werbearbeit gibt es aber auch, eine intensivere Schulungsarbeit zu leisten. Es genügt nicht, daß wir Mitglieder haben, die nur ihren Beitrag zahlen, sondern wir müssen in unseren Mitgliedern Kämpfer haben; denn nur so können wir unsere Bewegung vorantreiben und Erfolge erringen. Eine von einem einheitlichen Willen getragene Organisation wird auch Stürmen trotzen und diese siegreich überstehen, während eine zusammenhanglose Masse auseinanderfällt. Diesen einheitlichen Willen zu pflegen ist Aufgabe des Verbandsorgans. Zu dem geschriebenen Wort muß aber noch das gesprochene hinzu kommen, weil es viel lebendiger wirken kann. Deshalb ist es notwendig, die besser besuchten Winterversammlungen besonders vorzubereiten und Vorzüge zu treffen, daß in denselben gute Vorträge gehalten werden. Da selbst der beste Redner, wenn er immer und immer wieder gehört wird, langweilig wirkt, soll versucht werden, hier einen Wechsel vorzunehmen und auch andere Redner heranzuziehen, vielleicht die Angestellten unserer Bruderverbände oder Redner befreundeter Organisationen. Man soll sich auch nicht scheuen, fremde Redner zu verpflichten, die über besondere Fragen referieren, die für die Mitglieder von Interesse sind, namentlich gilt dies für Fachfragen. Selbstverständlich muß für solche Versammlungen eine extra starke Agitation betrieben werden, damit der Referent von derselben auch einen guten Eindruck mitnimmt, wodurch das Ansehen unserer Organisation gewinnt.

Es wird dann noch zu erwägen sein ob es nicht möglich ist, extra Schulungsabende abzuhalten. Am besten geschieht dies in Verbindung mit dem Kartell, um so eine größere Wirkungsmöglichkeit zu haben, wodurch auch die Beschaffung der Redner erleichtert wird. In diesen Kursen wären die Grundlagen der christlichen Gewerkschaften und ihr Wollen zu behandeln oder wirtschaftliche Fragen, Sozialpolitik, Arbeitsrecht und ähnliche Fragen. In größeren Orten ist es vielleicht notwendig, gerade über letzteres Gebiet eine eigene Vortragsreihe für die Betriebsratsmitglieder der christlichen Gewerkschaften zu halten.

Ist so in erster Arbeit alles getan, was dem weiteren Ausbau unserer Organisation dient, so ist es ganz angebracht, wenn sich die Mitglieder mit ihren Frauen auch einmal in einer mehr geselligen Versammlung oder zu einem Familienabend zusammenfinden. Ein kurzer Vortrag, der den Frauen die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit klarlegt, umrahmt von einigen Musikvorträgen die von einigen dafür befähigten Mitgliedern oder einer befreundeten Organisation geboten werden, können die Bande innerer Zusammengehörigkeit fester knüpfen.

Damit diese Gedanken nun nicht bloß auf dem Papier stehen bleiben, gilt es, für die einzelnen Ortsgruppenvorstände diese in einer der nächsten Vorstandssitzungen durchzusprechen und so weit als möglich in die Tat umzusetzen. Und dann frisch an die Arbeit, damit unser Zentralvorstand bald über einen stattlichen Mitgliederzuwachs und wir über gute Schulungserfolge berichten können.

## Wirtschaftsmacht

Geld regiert die Welt! Ist ein altbekanntes Wort und die ältere, vollstimmliche Ausgabe des Ausspruchs von Rathenau, daß 300 Menschen die Welt beherrschen. Sie sind leicht genannt, wenn auch nicht mit Namen, so doch mit ihrer Stellung, bzw. wo sie zu suchen sind. Da sind zunächst die Leiter der Zentralnotenbanken, die durch die Discontopolitik die Wirtschaft eines Landes entscheidend beeinträchtigen oder fördern können. Von ihrem Weltbild hängt es ab, ob die Konjunktur in einem günstigen oder ungünstigen Sinne beeinflusst wird. Sie können eine Wirtschaftsexpansion ungehindert fördern, wodurch nachfolgend eine schwerere Krise heraufbeschworen wird als sonst, sie können umgekehrt zu stark bremsen und dadurch hemmend wirken. Zu ihnen gesellen sich die führenden Männer der Großbanken, also in Deutschland der D-Banken. Einige dieser großen Geldinstitute haben einen starken politischen Charakter, wie z. B. Morgan,

der hauptsächlich den Krieg der Entente finanzierte. Bei deutschen Anleihen in Amerika wurde er kaum genannt, diese laufen meist über drei bis vier andere Banken, als es aber galt die Dawes- und die Young-Anleihe unterzubringen, da war er auf dem Plan. Es sind etwa ein Duzend Menschen, die das Finanzwesen eines Landes beherrschen oder doch zumindestens stark beeinflussen. Zu ihnen gesellen sich die Männer der Industrie, wo man für Deutschland und Amerika, in welchen Ländern die industrielle Konzentration am weitesten fortgeschritten ist, nur einen oder zwei Namen herauszuziehen braucht, um damit schon den wesentlichen Beherrscher eines Industriezweiges des betreffenden Landes genannt zu haben. Vereinigtes Stahlwerk — Deutschland, United States Steel Corporation (Korporation) Amerika sowie Harriman, der auch in Europa großen Einfluß besitzt (Oberthloßen) für die Schwerindustrie; A. E. G., Siemens

und General Electric Company für die Elektrizitätsindustrie; die J. G. Farben für die chemische Industrie, in welchem Zweig auch England schon einen großen Konzern aufzuweisen hat, der unter starkem Einfluß des bekannten Industriellen Mond steht. Wenig zu sagen hat Deutschland auf dem so wichtigen Gebiet der natürlichen Delgwinnung, die von der amerikanischen Standard Oil Company (früher Rockefeller) und der niederländisch-englischen Royal Dutch-Shell-Company (Petroleum) und der mit letzterer verbündeten Anglo-Persian Oil Company (rein englisch) beherrscht wird, wovon jede Gruppe wieder enge Verbindungen zu einer französischen Großbank und damit Einfluß auf das französische Wirtschaftsleben hat. Als dritte Gruppe der Wirtschaftsgewaltigen kommen die Beherrscher des Handels und Verkehrs, die Besitzer der großen Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften (Amerika — Morgan und Vanderbilt), Namen wie Ford, Kreuzer (Zündholztrust) vervollständigen das Bild. In den meisten hochkapitalistischen Ländern ist die Konzentration schon soweit fortgeschritten, daß tatsächlich mit wenigen Firmen die Beherrscher eines Wirtschaftszweiges genannt sind. Die Führer in diesen Konzernen sind aber wieder nur ganz wenig Personen. Will man sich die Bedeutung dieser Wirtschaftsgruppen für unser gesamtes öffentliches Leben vor Augen führen, so braucht nur an die Marokkokrise erinnert zu werden, wo der Kampf um die Ergründungen der Schwerindustrie bald zu einem Kriege führten, an den Auseinanderprall der deutschen und englischen Interessen in Kleinasien, (das heute noch von den Engländern und Amerikanern umfäpft Delgebiet), wo sich England durch den Bau der Bagdadbahn bedroht fühlte, an die Unruhen in Mexiko, die zum großen Teil auf die amerikanischen Desinteressen zurückzuführen sind, und ob bei den jüngsten Revolutionen in den südamerikanischen Staaten nicht auch wirtschaftliche Interessen ausländischer Staaten eine Rolle spielten, ist nicht ausgeschlossen. Viele Kriege, nicht zuletzt der Weltkrieg, lassen sich auf den Konkurrenzkampf von Industrien zurückführen, die aufeinanderprallten und dann in einem Kriege endeten, der mit allen möglichen hohen nationalen Gesichtspunkten dem Volk als gerecht vorgeführt wurde.

Wer diese schrecklichsten Auswüchse des kapitalistischen Konkurrenzkampfes kennt, wird die Bestrebungen zur Bildung internationaler Trusts und Kartelle nur begrüßen. In demselben Maße wie diese voranschreiten, wie Internationale Rohstahlgemeinschaft, deutsch-französisches Kaliabkommen, Internationale Waggonbauvereinigung, A. E. G. — General Electric Company, deutsche und englische Chemie usw., werden die Möglichkeiten zu kriegerischen Konflikten eingeschränkt. Mögen diese Gebilde auch wieder einmal aufliegen, wie die Internationale Rohstahlgemeinschaft, der wirtschaftliche Zwang zur Verständigung führt die Interessenten doch wieder zusammen. Ebenso sicher ist, daß für die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Grenzen der europäischen Staaten zu eng sind und mit der Zeit überbrückt werden. Mögen militaristische Radaupolitiker in allen Ländern noch so sehr dagegen behen, weil sie befürchten, daß dann die Menschen (die ja erst beim Weltkriege anfangen) arbeitslos werden, weil dann etliche Millionen Soldaten in Europa überflüssig sind, der wirtschaftliche Zwang führt doch dazu. Allerdings wird ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiertes Europa wahrscheinlich etwas anders aussehen als das Europa Briands, der aus politischen Gesichtspunkten heraus wirtschaftlich unmöglich Grenzen aufrechterhalten möchte.

Wie weit der Einfluß einiger weniger Gruppen geht sieht man am besten, wenn man die deutschen Aktiengesellschaften etwas verfolgt. Es gibt kein Unternehmen von Bedeutung, daß nicht von den Großbanken oder einer Gruppe der Großindustrie beherrscht oder stark beeinflusst wird. Eine Ausnahme bilden vielleicht nur die staatlichen und kommunalen Unternehmen. Durch ihren Anschluß an Kartelle (Kohlenyndikat), die von den privaten Gruppen beherrscht werden, sind sie aber mit in diesen Rahmen eingespannt.

Vor uns steht nun die große Schicksalsfrage: Soll die Arbeiterkassette tatenlos der weiteren Zusammenballung der Wirtschaftsmacht zusehen und diese unterstützen oder was soll sie dagegen unter-

nehmen? Schon in einem andern Artikel wurde gesagt, wir müssen versuchen, durch einen weiteren Ausbau der Wirtschaftsdemokratie in die wichtigen Wirtschaftsinstitutionen hineinzukommen. Dies genügt aber nicht, wenn es der Arbeiterkassette nicht möglich ist, der Macht des Privatkapitals eigene Wirtschaftsmacht entgegenzusetzen, weil gegen die Geldmacht selbst die Reaktionen ohnmächtig sind. Dafür nur noch zwei Beispiele aus der jüngsten deutschen Geschichte. Sinnes ist es zweimal gelungen, den Versuch zur Stabilisierung der deutschen Mark zu zerschlagen, weil diese nicht in seine Aufkaufpläne hineinpafte. Und der Youngplan kam unter dem Druck der drohenden Zurückziehung des französischen Geldes zustande, welches in Kriensbeträgen in der deutschen Wirtschaft flette und bei Zerschlagung der Verhandlung zu einem völligen Zusammenbruch vieler Unternehmen geführt hätte. Wir sind in diese Verhandlungen ohne die notwendig finanzielle Rüstung hineingegangen.

Diese Sachlage erkennen, heißt aber auch handeln. Die Banken üben diesen großen Einfluß nicht nur auf Grund ihres eigenen Kapitals aus, sondern ihnen helfen all die Millionen kleiner Sparer, die bei ihnen das Geld angelegt, damit aber auch jeglichen Einfluß darüber verloren haben. Viele, die sich heute über die Ueberationalisierung beklagen, weil sie darunter zu leiden haben, haben mit dazu beigetragen, indem sie ihr Geld Institutionen anvertrauten, über die sie keine Kontrolle haben. Der Zusammenschluß vieler Werte und damit auch die Stilllegung mancher derselben ist nur unter dem Druck der Banken erfolgt. Für die Arbeiterkassette muß deshalb die Forderung lauten: Unter Geld nur an Unternehmen leisten, die unter Kontrolle der Arbeitnehmer stehen. In erster Linie kommen hier unsere Deutsche Volksbank und die Sparkassen der Konsumgenossenschaften in Frage. Viele Wenige machen ein Viel, heißt es auch hier. Arbeiterbanken wurden zuerst in den Vereinigten Staaten gegründet und sind dort schon zu einer ansehnlichen Macht gelangt. Gewiß ist es in Deutschland für die Arbeitnehmer heute schwer zu sparen, aber wer ein einigermaßen sicheres Arbeitsverhältnis und nicht mehr für Kinder zu sorgen hat, kann dies wohl. In den 10 Milliarden Reichsmark, die die Sparkassen heute wieder an Einlagebestand aufweisen, sind auch viele Gelder von Arbeitnehmern enthalten. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DNH), der sich schon ein stattliches Bankunternehmen geschaffen hat, hat nicht seine Vertreter zu den Generalversammlungen vieler wichtiger Unternehmen. Gewiß kann der DNH, damit noch keinen bestimmenden Einfluß auf diese Unternehmen ausüben, aber durch die dort gestellten Anfragen und verlangten Auskünfte ist er oft schon recht unbehaglich geworden und hat sich die Deutsche Bergwerkszeitung schon schwer darüber beklagt. Wenn sich alle Arbeitnehmer ihrer großen Verantwortung bewußt sind, wie sie durch die Hergabe ihrer Spargroschen Einfluß auf die Wirtschaft haben und entweder für oder gegen ihre eigenen Interessen arbeiten können, so werden wir auf diesem Gebiet ebenso voran kommen, wie bei der Warenverforgung. Hier gilt es aber noch tatkräftig die Werbetrommel zu rühren und vor allem die Frauen aufzuklären; denn nicht nur das Geld, welches wir sparen, ist Macht, sondern auch dasjenige, welches wir ausgeben. Dabei ist nicht nur an die Konsumvereine zu denken, die wir fördern müssen, sondern gleichfalls an die Wohnungs- und Produktionsgenossenschaften und unsere Versicherungsunternehmen.

Die Eigenunternehmen der Arbeiterkassette sind einmal wichtig, weil sie dadurch unabhängig von dem Privatkapital sind und dessen Machtgelfüste durchkreuzen kann, zum anderen im Kampf um eine bessere Lebenshaltung, indem sie Uebersteuerung verhindern. Bei Arbeitskämpfen spielen die Eigenunternehmen eine wichtige Rolle, weil so die Front der Arbeitgeber durchbrochen wird und diejenigen Unternehmer, die von den Arbeitnehmern in starkem Maße abhängig sind, durch Aufträge und Darlehen, werden es sich ebenfalls überlegen, ob sie mit den übrigen Arbeitgeberern durch die und dünn gehen. Für die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten sind selbstverständlich unsere eigenen Unternehmen und Aufträge, die dieselben vergeben, äußerst wichtig und wird der Kampf um den Arbeitsplatz heute vielfach mit diesen Mitteln geführt.

## Der Spielraum der Preissenkung

Auf der Suche nach Anhaltspunkten für das Ausmaß der Preissenkung in Deutschland, das wirtschaftspolitisch notwendig und wünschenswert ist, nicht aber zu einer verderblichen und übertriebenen Deflation führen darf, begegnen uns folgende Gedankengänge:

1. Die Preissenkung muß da eintreten, wo erwieksenermachen unwirtschaftliche Preisfestsetzungen durch Kartelle und Monopole vorliegen. Diese Ueberpreise, so weit sie schon beim jetzt gegebenen Umsatz vorliegen, sind nachprüfbar an Hand der Unkostenkalkulationen. Der Klärungsarbeit des Wirtschaftsministeriums sind bereits die Zement- und Linoleumindustrie gewichen. Folgen müssen unbedingt die Kartellkartelle, denen man nachweisen kann, daß die meisten Zwischenhandlungsspannen, die vom Fabrikanten vorgeschrieben werden, zu hoch sind.

2. Preissenkung ist ferner überall da möglich, wo die Rohstoffe sich verbilligt haben. Deutschland braucht für die von ihm aus dem Ausland bezogenen Rohstoffe rund eine Milliarde Goldmark in diesem Jahre weniger zu bezahlen als im vergangenen Jahre. Diese Ersparnis muß sich im Endpreis, den der Verbraucher zu zahlen hat, stärker zeigen als bisher.

3. Eine erhebliche Verbilligung der Produktionskosten ist seit Monaten der deutschen Industrie durch die Senkung der Zinsen für kurzfristiges Geld zugute gekommen, wie sie sich im Rückgehen des Reichsbankdiskonts von 7 auf 4 v. H. spiegelt. Um welche Entlastung es sich dabei handelt, mag man aus der Statistik der Jahresabschlüsse der deutschen Aktiengesellschaften ersehen, wie sie vom Statistischen Reichsamt für 1929 in „Wirtschaft und Statistik“ (2. Augustheft) veröffentlicht worden ist. Danach hatten sämtliche erfaßten Aktiengesellschaften

(ohne Banken und Versicherungen) bei einem Aktienkapital von 8,8 Milliarden RM kurzfristige Schulden im Betrage von 4,9 Milliarden RM, während die ausgewiesenen langfristigen Schulden nur etwa 2,4 Milliarden RM betragen. Eine Zinsverbilligung um mindestens 3 v. H. macht für sämtliche Aktiengesellschaften 300 bis 400 Millionen RM. aus.

4. Schwieriger liegt die Beurteilung des vorhandenen Preisentwärtungsraumes bei jenen Kartellen, die auf die zurückgehende Nachfrage nur mit Einschränkung der Produktion unter Beibehaltung der Hochkonjunkturpreise geantwortet haben. Dort mag der Abwärtsgang infolge der Unnachgiebigkeit der Preise vielfach so groß geworden sein, daß die Selbstkosten als Folge von nur teilweise ausgenutzten Betrieben pro Produktionseinheit gestiegen sind. Die statische Kalkulation, d. h. die Nachprüfung der Unkosten, die vom jetzigen Umsatzvolumen ausgehen, ergibt daher möglicherweise nur einen geringfügigen Spielraum für Preisentwärtung. Amtliche Preisprüfungen würden in solchen Fällen keine Handhabe zur Anwendung der Kartell-Notverordnung ergeben. Trotzdem sind sicher in diesem Bereich monopolistischer Preispolitik die schwersten wirtschaftlichen Fehler gemacht worden, darum aber auch die größten Aussichten für erfolgreiche Preisentwärtungsaktionen vorhanden. In den meisten Fällen wird auf eine entschlossene Preisentwärtung die Nachfrage mit größerer Bestellungen antworten, und der Notstand der teilweisen Beschäftigung wird beseitigt oder gemildert werden. Jede Umsatzsteigerung verbilligt bei der heutigen Beschäftigungslage die Herstellungskosten, so daß sich die Rentabilität nach erfolgter Preisentwärtung infolge Umsatzsteigerung von selbst wieder einstellen wird.

Das Institut für Konjunkturforschung hat in seinen letzten veröffentlichten Vierteljahrsheften diese Notwendigkeiten der Preisentwärtungen solcher Art in den Mittelpunkt gestellt. Es schreibt:

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

### Die Vermögensverhältnisse der deutschen Sozialversicherung

Eines der wichtigsten Merkmale der deutschen Sozialpolitik bildet die Sozialversicherung. Sie sichert die deutschen Arbeitnehmer nach dem Grundgedanken der Solidarität im Krankheitsfall, bei Unfällen, Berufsunfähigkeit und Invalidität. In der Krankenkasse sind rund 22 Millionen Personen in 7500 Kassen versichert, in der Invalidenversicherung etwa 18 Millionen Arbeiter gegen Berufsunfähigkeit und ihre Hinterbliebenen im Todesfall versorgt. Die Unfallversicherung entschädigt die Arbeitnehmer bei Folgen von Betriebsunfällen und umfaßt in der Landwirtschaft, dem Gewerbe und den öffentlichen Betrieben insgesamt etwa 27 Millionen Menschen. Die Angestelltenversicherung umfaßt alle Angestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 8400 RM, etwa 3,3 Millionen Personen, und versichert sie bei Berufsunfähigkeit und Todesfall. Die Reichsrentenversicherung bieten dem Bergmann, der einen besonders aufreibenden Beruf hat, einen besonderen Schutz. Durch die Inflation wurden die Kapitalien aller staatlichen Versicherungen zum größten Teil gleichfalls vernichtet, wie hunderttausende von Privatvermögen. Doch konnten in den sechs Jahren seit der Katastrophe schon wieder beträchtliche Reserven angesammelt werden, um gegen Massenforderungen gesichert zu sein. Prozentual betrachtet ging der Wiederaufbau am raschesten bei den Krankenkassen vor sich, die 1928 ein Vermögen von 704 Millionen RM nachweisen. 1914 aber nur ein solches von 430 Millionen RM. befaßen. Allerdings wurde in der Zwischenzeit ja auch die Grenze der Versicherungspflichtigen heraufgesetzt.

### Kirche und Industrie

Auf dem Evangelischen Kirchentag in Saarbrücken hielt Pfarrer Vic. Menz einen Vortrag über obiges Thema. Er ging aus von dem Aufbau der Industriegemeinde, die ein Gebilde ohne natürliche Gemeinschaftsbeziehungen sei, beherrschend gegliedert durch den Gegensatz von Besitz- und Besitzlosigkeit und voller Spannungen politischer und weltanschaulicher Art. Die Kirche müsse hier neue Gemeinschaften schaffen. Sie müsse sich durch Überlegenheit ihres inneren Besitzes gegenüber allen sozialen und politischen Gegensätzen behaupten. Dazu brauche man glaubende und opferbereite Menschen. Der neugebildete Typ des Industriemenschen werde jedoch diesem inneren Besitz gegenüber fremd. Er sei Mensch der Masse mit kritischem Denken geworden. Die Kirche müsse diesen Menschen bejahen, mit ihm arbeiten und ihm auf seine Fragen demütig suchende Antworten geben. Weiter müsse sich die Kirche um die großen Fragen des industriellen Lebens kümmern, um die Sozialpolitik, die um die Möglichkeit neuer Gemeinschaften ringe, um die Kulturpolitik, vor allem, wenn es sich um den geistigen Aufstieg der Masse handle und schließlich auch um die Fragen der Wirtschaftspolitik. Dazu bedürfe die Kirche aber der hingebenden Mitarbeit aller ihrer Gläubigen.

„Der Ausgleich zwischen Produktionskapazität und Konsum kann durch einen Rückgang der Preise wesentlich gefördert werden. Dabei kommt es weniger darauf an, daß die Preise auf der ganzen Linie nachgeben, als darauf, daß sie in den vom Abwärtsgang am stärksten betroffenen Teilen der Wirtschaft entsprechend zurückgehen; denn das Ziel des Preisrückgangs ist die Wiederherstellung ökonomisch gesunder Preisrelationen, die den störenden Warenabfall wieder beleben und zugleich die Vorbedingungen für neue Investitionen schaffen. Eine derartige Umgestaltung der Preisbeziehungen ist aber nur möglich, wenn gewohnheitsmäßige und förmliche Bindungen der Preise und Kosten in einem Grad gelöst werden, der das Vordringen der leistungsfähigeren Elemente der Wirtschaft erlaubt. Der Schlüssel hierzu liegt in einer stärkeren branchenmäßigen und regionalen Differenzierung der Preise und Kosten.“

Wichtig ist das Abrücken dieser Forschungsstelle von jener gefährlichen Form der Preisentwärtungspropaganda, die ein Zurückgehen des gesamten Preisniveaus auf die Vorkriegspreise verlangt. An einer solchen Steigerung des Geldwertes hat Deutschland als das größte Schuldnerland der Welt gar kein Interesse. Uns muß genügen, wenn Preisentwärtungen soweit stattfinden, daß zwischen Konsum und Produktion wieder ein Ausgleich erfolgt.

Daß Preisentwärtungen dieses Ausmaßes auch den Erfolg der Umsatzsteigerung haben, wie wir oben behaupteten, wird vom Institut für Konjunkturforschung ebenfalls bestätigt. Es stellt fest, daß die Preisentwärtungen der Rohstoffe bei den Gütern des elastischen Bedarfs (z. B. Textilien) zum großen Teil jetzt den Verbrauchern schon zugute kommen, und daß daraufhin an diesen Märkten bereits Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der Nachfrage eingetreten sind. Hoffen wir, daß die anderen Industriezweige aus diesen Erfahrungen bald ihre Lehren ziehen und den Spielraum für Preisentwärtung, der heute besteht, so schnell wie möglich ihren Verbrauchern zugute kommen lassen. E. K.

### Arbeitslosigkeit und Bolschewismus

Der 27. Kirchlich-soziale Kongreß in Bielefeld. Vom 15.—17. Oktober wird in Bielefeld der 27. Kirchlich-soziale Kongreß stattfinden. Die erste Hauptversammlung am 16. Oktober steht unter dem Generalthema: **Arbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrisis**. Dr. Claussen, Referent im Internationalen Arbeitsamt, behandelt „Volkswirtschaftliche und geldwirtschaftliche Ursachen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit“. Clara Meinel, Frauenreferentin im Deutschen Gewerkschaftsbund, „Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und Heilung ihrer Folgen als kulturelle Aufgabe“.

Es schließen sich Arbeitsgemeinschaften über folgende Gebiete an: „Die Bedeutung der Genossenschaften, unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit städtischer und landwirtschaftlicher Genossenschaften“, „Industriejugend und ländliche Siedlung“, „Soziale Betriebspolitik“.

Am folgenden Tage spricht Prof. Dr. Ruhagen (langjähriger Sachverständiger der Deutschen Botschaft in Moskau) über „Der Bolschewismus in Deutschland“. Ebenso wird die Abendunterhaltung in der großen Ausstellungshalle, die 6000—8000 Menschen faßt, unter ähnlichen Themen stehen (Prof. Weidt, Frankfurt a. M. u. a.). Ein Besuch der Betheler Anstalten und andere Besichtigungsfahrten sind in den Verlauf der Tagung eingeschlossen. Anmeldungen und ausführliche Programme: Pfarrer Pawlawski, Bielefeld, Altkirchplatz 2 oder durch den Kirchlich-sozialen Bund, Spanbau, Johannesstift. Die Verhandlungen dieses Kongresses sind von unendlicher Wichtigkeit, betreffen sie doch die beiden größten Kräfte unserer Tage, so daß wir nur wünschen können, recht viele möchten den Besuch dieser Tagung ermöglichen.

### Die Arbeitslosigkeit in Europa

Nicht nur Deutschland, sondern auch andere europäische Staaten, klagen nach wie vor über eine Zunahme der Arbeitslosen. In der Spitze marschiert Großbritannien. Hier wurden am 11. August 1930 2.050.737 Arbeitslose gezählt, das sind 882.689 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch in Italien steigen die Arbeitslosenziffern an. Die Indeziffer der Arbeitslosigkeit wird für Januar mit 228 (Januar 1925 = 100) angegeben; diese Ziffer liegt um etwa 50 v. H. höher als im Vorjahre. Zur Bekämpfung dieser Erscheinung hat die italienische Regierung aus öffentlichen Mitteln 700 Millionen Lire für die produktive Arbeitslosenfürsorge freigegeben, um für die Inangriffnahme von Straßen-, Eisenbahn- und Besserungsbauten den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen. In der Tschechoslowakei waren bei den Arbeitslosen-Vermittlungsstellen Ende Juni 73.456 Personen zur Arbeitsvermittlung vorgemerkelt. In der jüngsten Zeit werden aus der Tschechoslowakei starke Entlassungen aus der nordböhmischen Glas-

Industrie gemeldet. Einzelne Fabriken sollen bis zu 95 v. H. ihrer qualifizierten Glasarbeiter entlassen haben. In D e s t e r r e i c h wurden Mitte September insgesamt 158 235 unterstützte Arbeitslose gezählt, hierzu treten noch etwa 30 000 ausgefeuerte Arbeitslose. Gegenüber August bedeutet das eine Zunahme um rund 2000 Personen. Günstiger liegen nach wie vor die Verhältnisse in Frankreich. Hier wurden am 12. Juni 1930 888 Arbeitslose gezählt. Auch Polen meldet einen Rückgang der Arbeitslosenziffern. Für die Zeit vom 20. Juli 1930 bis 2. August 1930 wurden 194 272 Arbeitslose gezählt. Das bedeutet gegenüber der vorhergehenden Berichtsperiode eine Abnahme von 4327 Personen. Auch Rußland meldet eine Besserung der Arbeitsmarktlage. Diese Meldungen dürften allerdings mit einiger Vorsicht aufzunehmen sein. Nach den vorliegenden Meldungen lag im März 1930 die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen um 34,4 v. H. unter den Zahlen im März 1929. Nach Mitteilung der Sowjet-Presse war am 1. Juni 1930 mit etwa 900 000 Arbeitslosen zu rechnen; hierbei handelt es sich jedoch nur um die in der Industrie ausfallenden Arbeitskräfte, während die Landwirtschaft und die in ihr beschäftigten Kräfte bei diesen Ziffern unberücksichtigt bleiben. In der Schweiz steigen die Arbeitslosenziffern an. Die Gesamtlage ist trotzdem aber als befriedigend zu betrachten, denn die Zahl der Arbeitsaufnahme eingewanderten Ausländer ist mehr gestiegen als die Zahl der Arbeitslosen. Es wurden in der Schweiz Ende Juli 19 161 Arbeitslose zur Vermittlung vorgemerkt. Dänemark zählte am 16. August 1930 27 730 Arbeitslose, das bedeutet gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres einen Rückgang um rund 10 000 Personen.

### Was kostet uns die öffentliche Verwaltung?

Die Gesamtausgaben für die öffentliche Verwaltung in Deutschland einschließlich Reich, Länder und Gemeinden und ohne selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten (beispielsweise Sozialversicherung) betragen 1913/14: 7,2 Milliarden RM., 1925/26: 14,5 Milliarden RM., 1926/27: 17,2 Milliarden RM., und 1927/28: 18,8 Milliarden RM. Sie waren also gegenüber 1913/14 im Jahre 1925/26 auf das Doppelte und 1927/28 auf das 2½fache gestiegen. Im einzelnen machten die Gehälter und Pensionen ohne Kriegsbeschädigtenrenten und Arbeiterlöhne aus: 1913/14: 2,2 Milliarden, 1925/26: 4,3 Milliarden, 1926/27: 4,5 Milliarden und 1927/28: 5,1 Milliarden, eine Steigerung um das 2½fache. Die tatsächlichen Ausgaben haben sich nicht ganz verdoppelt

(20:3,6:3,6:3,7) und die Leistungen (Unterstützungen und Zuschüsse, also Wahlfahrtslasten) verachtfacht (0,3:1,5:2,1:1,9). Auch auf die Investierung (Vermögensanlage) entfallen ständig steigende Ausgaben (1,5:2,0:3,2:3,5).

### Das Wirtschaften in den städtischen Rassen

Wie der Reichsstädtebund feststellt, wurde in 220 preussischen Städten die Jahresbilanz 1929 mit einem durchschnittlichen Fehlbetrag von 6,94 RM. je Einwohner abgeschlossen. In 23 Städten bis zu 2000 Einwohnern muß jeder Einwohner zur nachträglichen Wiederherstellung des Gleichgewichtes des Stadtsäckels durchschnittlich 5,61 RM. zahlen, in 88 Städten mit 2000 bis 5000 Einwohnern durchschnittlich 7,24 RM., in 56 Städten mit 5000 bis 10 000 Einwohnern durchschnittlich 7,74 RM. und in 53 Städten mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern durchschnittlich 6,49 RM. Das sind die kleinen Städte, wie aber sieht es erst in den großen aus?

### Milderungen der Notverordnung für erkrankte Kriegsbeschädigte

Vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener E. V., Berlin NO. 18, wird uns mitgeteilt:

Durch die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 sind auch die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung wesentlich geändert worden. Insbesondere ist nach den neuen Bestimmungen für die Lösung eines Krankenschmelnes eine Gebühr von 50 Reichspfennigen zu entrichten. Gleichfalls ist für jede ärztliche Verordnung ein Betrag von 50 Reichspfennigen zu zahlen. Da für im Kriege erworbene sogenannte Verordnungsleiden grundsätzlich ein Rechtsanspruch auf freie Heilbehandlung gegenüber dem Reiche gefordert werden muß, enthalten die neuen Bestimmungen eine große Härte für die eine Heilbehandlung bedürftigen Kriegsbeschädigten. Insbesondere bedarf sie die Gebühr für ärztliche Verordnungen nicht unerheblich, weil im Laufe einer längeren Behandlung eines Verordnungsleidens im Regelfalle zahlreiche ärztliche Verordnungen erforderlich werden. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener hat wiederholt auf diese Härte und die hierdurch hervorgerufene Beunruhigung der erkrankten Kriegsbeschädigten hingewiesen. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, sind nun an zuständiger Stelle Milderungen dieser Bestimmungen in Aussicht genommen. Mit dem Erlaß einer neuen Verordnung ist alsbald zu rechnen.

## Arbeiterbewegung

### Randbemerkungen zu den „Evangelischen“ Gewerkschaften

Es geht wieder mal alles durcheinander. Die Nationalsozialisten wollen grundsätzlich den Gewerkschaftsgedanken bejahen, wenn er b a n g e r i c h t und W i l h e l m S c h m i d t s c h e r b a u. Wie dem a n n i s c h e r F ä r b u n g i s t. Die k r i s t l i c h e n G e w e r k s c h a f t e n s i n d i h n e n e i n s e i t i g k a t h o l i s c h u n d d a r u m k ö n n e m a n a l s e v a n g e l i s c h e r A r b e i t n e h m e r d a r t n i c h t „l e b e n“. A l s o b l e i b e n d i e g e l d e n G e w e r k s c h a f t e n ü b r i g, d i e u n t e r s t a r k e m „e v a n g e l i s c h e n“ E i n f l u ß s t e h e n. D a s i s t d a e i n D u r c h e i n a n d e r. N e u e r d i n g s b e s t e h t e i n e „R e i c h s g e w e r k s c h a f t g l ä u b i g e r A r b e i t n e h m e r D e u t s c h l a n d s“, S i e K e i s e r. S i e i s t e i n e A b a r t d e r v o n d e m v i e l u m s t r i t t e n P r e d i g e r M o l e n a a r 1922 g e g r ü n d e t e n e v a n g e l i s c h e n G e w e r k s c h a f t e n, d i e n a c h i h r e m N i e d e r g a n g i n S ü d - D e u t s c h l a n d u n t e r d e m H a n d e l s s c h u l r a t D e c h t e r w i e d e r a u f l e b t e n. D i e E s s e n e r R i c h t u n g e r w a r t e t w e d e r v o n R o m n o c h v o n W i t t e n b e r g e t w a s. V e r s u c h e, d i e F ü h r e r d e r e v a n g e l i s c h e n G e w e r k s c h a f t e n d a v o n z u ü b e r z e u g e n, d a ß d i e M i t g l i e d e r i n d i e k r i s t l i c h e n G e w e r k s c h a f t e n g e h ö r e n, u m s i c h h i e r S e i t e a n S e i t e m i t d e n l a t h o l i s c h e n K o l l e g e n f ü r k r i s t l i c h e B e l a n g e e i n z u s e t z e n, s t i e b e n e r f o l g l o s. M o l e n a a r w o l l t e s e i n e n V e r b a n d f ü r 10 000 R M. v e r l a u f e n. D a ß d a s m i t E n t s c h i e d e n h e i t a b g e l e h n t w u r d e, b e d a r f k e i n e r b e s o n d e r e n B e g r ü n d u n g. D i e R i c h t u n g M o l e n a a r i s t ü b e r B o r d g e g a n g e n. D i e E s s e n e r R i c h t u n g d e s H e r r n B u n d e l w i r d e i n ä h n l i c h e S c h i d l a f e r l e b e n. B l e i b t d i e s ü d d e u t s c h e R i c h t u n g D e c h t e r, d i e V e r s u c h e m i t I h m z u e i n e r K l ä r u n g z u k o m m e n, d a h i n g e h e n d, d a ß s e i n V e r b a n d d e n e v a n g e l i s c h e n A r b e i t e r v e r e i n e n a n g e s c h l o s s e n w i r d u n d d i e M i t g l i e d e r z u r w i r t s c h a f t l i c h e n I n t e r e s s e n v e r t r e t u n g d e n k r i s t l i c h e n G e w e r k s c h a f t e n b e i t r e t e n, i s t g l e i c h f a l l s m i t t l u n g e n. M a n l e h n t d i e e v a n g e l i s c h e n A r b e i t e r v e r e i n e u n d d i e k r i s t l i c h e n G e w e r k s c h a f t e n a b. E i n e s L a g e s w i r d m a n s i c h s e l b s t a b e i d e n e n. D a s L a n d U t o p i a m u ß w o h l a u ß e r h a l b D e u t s c h l a n d s l i e g e n.

Diese Dinge haben aber eine sehr ernste Seite. Die Geistesrichtung der Gegenwart ist Frontstellung gegen das Christentum. Dieser Frontstellung zu begegnen muß das Zusammenführen aller Arbeitnehmer, die christlich eingestellt sind, erste Aufgabe sein. Kampf erfordert klare Grundfronten. Da treten Konfessionsfragen — wenn man die Lage richtig erkennt hat — selbstverständlich in den Hintergrund. Die Gegenwart ruft den Christen auf den Plan. Ob er dieser oder jener Konfession

angehört, ist nicht das Entscheidende. Wir fühlen uns in den christlichen Gewerkschaften als Christen verbunden und wollen in unsern Christenpflichten zuerst einmal Eiferer sein.

Mögen unsere evangelischen Mitglieder das auch immer wieder denen sagen, die das „Spalten“ höher einschätzen als das Zusammenhalten.

### Wahlmogeleyen bei Betriebsratswahlen

Im vergangenen Jahre hatten die christlichen Gewerkschaften über starke Wahlmogeleyen bei der Betriebsratswahl für die Leipziger Straßenbahn zu klagen. Das Gleiche war in diesem Frühjahr der Fall bei der Wahl zum Betriebsrat für die Straßenbahn in Halle. In beiden Fällen haben wir auf Grund eidesstattlicher Versicherungen unserer Mitglieder, daß sie unsere Liste gewählt hätten, Klage bei den zuständigen Arbeitsgerichten angestrengt. Während im vergangenen Jahre das Arbeitsgericht in Leipzig die Betriebsratswahlen auf Grund der erwiesenen Mogeley für ungültig erklärte, hat in diesem Jahre das Arbeitsgericht in Halle die Klage abgewiesen mit der Begründung, daß eidesstattliche Versicherungen für das Arbeitsgericht nicht in Betracht kämen.

Wegen unseres Vorgehens hat sich der Verkehrsbund im vergangenen Jahre mächtig aufgeregt. Namhafte Führer desselben bezeichneten es als geradezu lächerlich, daß man mit solchen Mitteln, d. h. mit eidesstattlichen Erklärungen und Klagen am Arbeitsgericht, arbeite. So etwas hielten die freien Gewerkschaften unter ihrer Würde. Solche Mittel würden sie nicht in Anwendung bringen. Wir haben ihnen damals erklärt, daß sie zunächst allen Grund hätten, ihre Mitglieder dahin zu erziehen, daß sie auf solche schäblichen Wahlmogeleyen verzichteten. Gegen solche Unehrlichkeit könne man sich eben nicht anders wehren, als in der von uns vorgeschommenen Art. Wir seien auch ganz sicher, daß sie genau so handeln würden wie wir, wenn ihnen gegenüber eine solche Wahlmogeley betrieben würde.

Wie sehr wir mit dieser unserer Stellungnahme recht hatten, dafür liefert uns „Der Verkehrsbund“, Beilage zur „Gewerkschaft“, dem Organ des „Gesamtverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“, Nr. 37, einen schlagenden Beweis. Da beklagt man sich in einem Artikel über „Wahlmogeleyen der Wasserstraßengewerkschaft“. Gemäß diesem Artikel sollen beim Wasserbauamt Stettin Ver-

stöße gegen die Wahlordnung vorgekommen sein, zu Ungunsten der freien Gewerkschaften. Was taten diese? Sie erhoben Klage beim Arbeitsgericht und beantragten, die Wahl für ungültig zu erklären. Sie belegten ihre Behauptung mit 78 eidesstattlichen Erklärungen, die dahin lauteten, daß die betreffenden Wähler einen Stimmzettel für die freien Gewerkschaften abgegeben hätten. Doch damit nicht genug. Es wird noch weiter mitgeteilt, daß wegen der „Wahlmethode der führenden Mitglieder der Wassertrahengewerkschaft“ Anzeige beim Staatsanwalt erstattet worden sei.

Dieses Vorgehen des „freien Gesamtverbandes“ in Stettin paßt zu seinen eigenen Taten und Großsprechereien in Leipzig und Halle wie die Faust aufs Auge.

### Rote Arbeitervertreter

Unter dieser Überschrift hatten wir in Nr. 18 unserer Zeitung das Vorgehen des Stadtrats Schramm in Breslau, eines früheren sozialistischen Gewerkschaftssekretärs, beleuchtet. Schramm hatte in einem Rundschreiben an die Betriebsleiter der städtischen Betriebe in Breslau Vorschläge für eine Aenderung der Lohnordnung und der Funktionszulagen gemacht, worin eine starke Reduzierung derselben vorgesehen war.

Die sozialdemokratische Rheinische Zeitung hat die Stirn, in ihrer Nr. 249 vom 11. September dieses Vorgehen des Stadtrats Schramm abzuleugnen. Sie versteht diesen Ablehnungsversuch mit der Überschrift: „Du sollst nicht lügen.“ — Der Zentrumschwindel aus Breslau wird wiederholt. — Christ und Deutscher.“

Dieser Ablehnungsversuch ist denn doch ein starkes Stück. Wir sind im Besitz eines solchen Rundschreibens des Herrn Stadtrat Schramm. Es beginnt mit den Worten:

„Im Anschluß an die Besprechung mit den Herrn Betriebsleitern vom 16. Juni 1930 überfenden wir nachstehend Vorschläge für Aenderung der Lohnordnung und Funktionszulagen. Wir bitten Sie, sich hierzu bis zum 15. August 1930 zu äußern und die Angelegenheit vertraulich zu behandeln.“

Im allgemeinen ist zu bemerken, daß nach einer Verfügung des Rammerei-Dezernats und zufolge Beschlusses des Magistratsausschusses für die Beratung der Haushaltspläne eine Nachprüfung aller Zulagen vorzunehmen ist mit dem Ziele, den Umfang der Zulagen ganz wesentlich zu vermindern, weil sich bei Prüfung des Haushaltsplanes ergeben hat, daß in verschiedenen städtischen Verwaltungen umfangreiche Funktions- und sonstige Zulagen an Lohnempfänger gezahlt werden, die den Haushaltsplan sehr hoch belasten.

Auch die Direktorenbesprechung vom 13. Mai 1930 hat sich mit der Frage der Funktionszulagenverminderung eingehend beschäftigt. Die Direktoren sind übereinstimmend der Ansicht, daß ein Abbau der Funktions- und sonstigen Zulagen kaum möglich sein wird, wenn nicht gleichzeitig das in den Tarifen verankerte Lohnsystem in manchen Punkten eine Aenderung erfährt.“

Es folgt dann in dem Rundschreiben der Vorschlag, über die neue Gruppeneinteilung und über die Neuregelung der Funktionszulagen. Bei letzteren heißt es unter anderem: „Es fallen fort:

1. alle Zulagen für qualifizierte Handwerker z. B. Gaswerke Seite 42 Ziffer 2, 8, 12 und die sog. Leistungs- und Sonderzulagen von 5 Pfg. usw., weil die damit bedachten Personen dafür in die Gruppe Ib bzw. IIa oder IVa gelangen.
2. Alle noch bestehenden Funktionszulagen werden künftig nur nach dem Grundlohn lt. Lohnabelle, also ohne Dienstalterszulagen, berechnet.“

Das Rundschreiben trägt die Bezeichnung Nr. 255/30, und ist wie folgt unterzeichnet.

Breslau, den 24. Juni 1930. Der Magistrat.  
J. A.: gez. Schramm.

Beglaubigt: gez. Erler, Stadtamtmann. Tel. Mag. 27 18.

Bei den guten Beziehungen, die das sozialistische Pressebüro zu den parteigenösslichen Stadträten unterhält, wird es ihm ja möglich sein, sich ein solches Rundschreiben zu beschaffen. Es ist dann in der Lage festzustellen, daß es sich nicht um Lügen der Christen handelt, sondern um ernstgemeinte Vorschläge eines sozialistischen Stadtrats zum Abbau der Löhne.

### Bekämpfer des Kapitalismus!

Unsere Abgeordneten erhalten Tagegelder, die ihnen ein durchaus handesgemäßes Einkommen garantieren. Nun aber werden diese Tagegelder nach Gesetz und Rechtsprechung als Aufwandsentschädigung, nicht aber als Einkommen angesehen. Das machte sich der nationalsozialistische Spitzenkandidat von Würtemberg, Herr Dreher, zunutze, ließ sich als Erwerbsloser eintragen, um nunmehr seine Diäten um den Betrag der Arbeitslosenunterstützung zu vermehren.

Der Mann kennt sich aus. Er hat solange gegen Plutokratie und doppelte Einkünfte gewettert, bis er selbst soweit war. Jetzt schreit er noch lauter, damit man nicht merkt, daß er selber zu der Sorte der Rimmerlatten gehört, die er angeblich bekämpft.

### Vor und nach Tisch

Vor der Wahl schrieb der „Vorwärts“: „Die Sozialdemokratie war es, die die Auflösung des Reichstages erzwingen und erreicht hat, daß das deutsche Volk selbst entscheidet. Sie hat an die Stelle der Diktaturgelüste die Volksbefragung gesetzt.“ Nachdem die Sozialdemokratie zehn Mandate verloren hat, schreibt der gleiche „Vorwärts“: „Das eine steht fest: Die Regierung hat aufgelöst in der Hoffnung, einen ihr günstigen Reichstag zu gewinnen. Wie ist eine Hoffnung schmählicher enttäuscht worden.“

Man würde diesen Treppenwitz nur verwischen, wollte man ihm etwas hinzufügen.

### Erfreuliche Entwicklung der christlichen Gewerkschaften Österreichs

Während die sozialdemokratischen Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1929 eine Mitgliederzunahme von 28 891 Mitgliedern erlitten, haben die christlichen Gewerkschaften Österreichs 7570 Mitglieder dazugewonnen. Die Gesamtmitgliederzahl der in der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Österreichs zusammengeschlossenen Verbände stieg von 78 906 Ende 1927 auf 100 087 Ende 1928 und auf 107 657 Ende 1929. Die stärkste Zunahme entfällt auf die Soldatenorganisation, den Wehrbund, der allein eine Zunahme von 8877 Mitgliedern zu verzeichnen hat.

### Für Gleichberechtigung im Internationalen Arbeitsamt

Der Vorstand des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften beschäftigt sich in seiner Münchener Zusammenkunft mit den Verhältnissen in der Internationalen Arbeitsorganisation des Völkerbundes. Die sozialistische Gewerkschaftsorganisation verweigert den christlichen Gewerkschaften die Gleichberechtigung innerhalb der internationalen Arbeitsorganisation. Insbesondere wenden sich die christlichen Gewerkschaften gegen das Monopol der sozialistischen Internationalen Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes; sie sehen sich gezwungen, entschiedene Maßnahmen gegen die unnachgiebige Haltung der sozialistischen Verbände zu ergreifen. Das Internationale Arbeitsamt selbst hat sich bisher ziemlich passiv verhalten und sich hinter die Bestimmungen des Versailleser Diktats über die Zusammenfassung der internationalen Arbeitsorganisation verkannt.

### Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Bezirkskonferenz des Verbandsbezirk München (Südbayern).

Am 28. September 1930 fand in München die für das Jahr 1929 fällige Bezirkskonferenz statt, zu der 55 Delegierte aus 33 Ortsgruppen, außerdem der Sekretär des Gesamtverbandes für die Christlichen Gewerkschaften Bayerns, Kollege K r e h l e, als Vertreter des Ortsstellens München, Kollege B o s h a c h und unser Zentralvorsitzender, Kollege D e b e n b a c h, erschienen waren. Der Bericht für das Jahr 1929 stellt fest, daß die Zahl der Ortsgruppen von 36 auf 40 gestiegen ist. Die Mitgliederzahl, welche am 31. Dezember 1928 2871 betrug, ist am Schlusse des Berichtsjahres auf 3142 gestiegen; neu aufgenommen und übergetreten sind im Jahre 1929 771; ausgestiegen und verstorben 469, gestorben 31 Mitglieder, so daß sich für das Jahr 1929 eine absolute Zunahme von 271 Mitgliedern ergibt. Es ist festzustellen, daß die absolute Zunahme nicht befriedigend lautet und eine erhebliche Fluktuation unter den Mitgliedern zu verzeichnen ist. Besonders aus den Reihen der weiblichen Hausangestellten sind in erhöhtem Maße Austritte infolge von Verheiratung zu verzeichnen, ebenso infolge der Rationalisierung und Sparmassnahmen in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben.

Von den 3142 Mitgliedern waren 2201 männliche und 941 weibliche. Von den in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Mitgliedern sind 696, die in Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten, Erziehungs- und Altersheimen beschäftigt und dem Berufe des Krankenpflege- und Hauspersonals zuzuschreiben.

Als Vertreter in den sozialen und öffentlichen Körperschaften kommen in Betracht:

- |   |       |
|---|-------|
| 1. Betriebsräte und Betriebsobmänner . . . . .                                  | = 150 |
| 2. Arbeitsrichter bzw. Landesarbeitsrichter . . . . .                           | = 2   |
| 3. Ausschuß- und Vorstandsmitglieder in Krankenkassen . . . . .                 | = 24  |
| 4. Vertreter beim Oberversicherungsamt . . . . .                                | = 3   |
| 5. Schöffen und Geschworene . . . . .   | = 13  |
| 6. Vertreter bei Mieteinigungsämtern . . . . .                                  | = 0   |
| 7. Vertreter im Schlichtungsausschuß und tariflichen Schiedsgerichten . . . . . | = 23  |
| 8. Mitglieder des Gemeinde- und Stadtrats . . . . .                             | = 17  |

Durch die vielfachen Entlassungen und zeitweisen Arbeitsentstellungen bei den staatlichen Straßen- und Hochbauämtern wurde den Arbeitern oftmals die Erwerbslosenunterstützung streitig gemacht, weil sie vielfach ein Eigentum mit kleiner Landwirtschaft besitzen, weshalb viele Vertretungen vor den Spruch-

ausschließen der Arbeitsämter notwendig wurden. Für die Ortsgruppe der Stadt Augsburg wurde regelmäßig wöchentlich eine Sprechstunde durchgeführt.

Folgende Tabelle weist die Betätigung und Art des Rechtshuges nach:

Art des Rechtshuges	Auskünfte	Schriftsätze	Termine
Aus dem Arbeitsvertrag und Betriebsrätewesen	346	91	16
Kranken-, Unfall-, Invaliden- u. Angekl.-Versicherung	310	29	12
Erwerbslosenversicherung u. Fürsorgepflichtverordnung	148	12	2
Steuerfachen, Mietsstreitigkeiten	222	25	6
Stollprozesse und Sonstiges	44	13	3

Es erbeiten mit vollem Erfolg 91; mit teilweisem Erfolg 224; ohne Erfolg 56.

An Barerfolg für die Mitglieder sind etwa 19 000 RM. zu verzeichnen. Bezüglich des Kassengehahrens sind folgende Ziffern zu benennen: Einnahmen: 98 998,58 RM., Ausgaben: 30 201,03 RM. Gegenüber dem Vorjahre erhöhte sich die Einnahmen der Hauptkasse um 17 252,69 RM., die Ausgaben um 8284,29 RM., die Barablieferungen um 8968,40 RM. Die Erhöhung der Einnahmen ist auf die Lohnerhöhungen zurückzuführen, die eine Erhöhung der Beiträge um 5 bis 10 Pfg. pro Woche zur Folge hatte. Der Bestand des Lotokassenvermögens erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre um 3187,22 RM.

Bei den Kassenprüfungen waren Beanstandungen nicht zu verzeichnen. Längstens nach Ablauf von 4 Wochen nach dem Quartal erfolgt die Abrechnung mit der Hauptkasse. Die Beitragsleistungen betragen im Vierteljahresdurchschnitt pro Mitglied 12 Beiträge.

Die Versorgungsverhältnisse der Reichs-, Staats- und Gemeindegewerkschafter konnten verbessert werden und sind in der Hauptsache in befriedigender Weise geregelt, wenn auch insbesondere für die Reichs- und Staatsarbeiter noch manche Verbesserungen und Klärstellungen notwendig sind.

Wenn Erfolge erzielt wurden, ist dies der Mitarbeit der übrigen angestellten Kollegen des Bezirkes, sowie den Vorstandsmitgliedern und Betriebsräten in den Ortsgruppen zu verdanken. Der vorliegende Bericht bezieht sich nur auf das Jahr 1929, jedoch ist festzustellen, daß auf Grund der Abrechnungen für das erste Halbjahr 1930 ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen ist. Die Mitgliederzahl stieg in diesem Halbjahr wieder um 230, so daß am 13. Juli 1930 die Mitgliederzahl im Bezirk München 8372 betrug. Auch die Mehreinnahmen im ersten Halbjahr sind um etwa 9000 RM. höher als in der gleichen Zeit des Jahres 1929.

Erfreulich ist, daß in den meisten Ortsgruppen eine Verjüngung des Mitgliederstandes zu verzeichnen ist, aus dem wieder neue Streiter und Kämpfer für unseren Verband hervorgehen.

Bezirksleiter Weigler appellierte an die Kolleginnen und Kollegen aller Ortsgruppen, auch fernerhin treu mitzuarbeiten in dem Verbande, um weiter vorwärts zu kommen zum Wohle unserer Verbandsmitglieder und unseres Verbandes.

Im Anschluß an diesen Bericht hielt Kollege Sauer mann einen Vortrag über „Die Tarifpolitik für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und die gegenwärtige Wirtschaftskrise“. Er hob hervor, daß besondere Schwierigkeiten zu verzeichnen waren, weil auf Grund der Kündigung des Tarifvertrages der bayerischen Staatsverwaltungsarbeiter das Finanzministerium es ablehnte, in Verhandlungen einzutreten, da der Tarifvertrag der Reichsarbeiter noch nicht erneuert sei und dieser als Maßstab für Lohnverhandlungen in Bayern dienen müsse. Es kam eine zwischentarifliche Lohnregelung zustande, und beim endgültigen Abschluß wurden Erhöhungen von 5-10 Pfg. pro Stunde einschließlich einer dritten Dienstaltersstufe von 2 Pfg. erzielt. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich auch bei den Verhandlungen der Gemeindegewerkschafter Bayerns. Die Verhandlungen scheiterten wegen ablehnendem Verhalten des L.W. Durch Anrufung der Bezirksamtsstelle mit unparteiischen Vorschlägen wurde nach schwierigen Verhandlungen ein Schiedsspruch gefällt, der den Gemeindegewerkschaftern Bayerns Lohnerhöhungen ab 1. Januar um 2 Pfg. und ab 1. April 1929 um weitere 4 Pfg. brachte und das Lohnabkommen bis zum 31. März 1930 abgeschlossen wurde. Auch die Lohnabschlüsse für das Wirtschaftspersonal der Heil- und Pflegeanstalten Haar-Galling sowie für das Personal des Jodbades Bad-Tölz brachten den Kolleginnen und Kollegen weitere Erfolge.

Zum ersten Male gelang es unserem Verbande Tarifkontrahent für die Arbeiter der bayerischen Staatsgärten zu werden.

Für das Haus- und Pflegepersonal der staatlichen Anstalten wurde ein besonderes Lohnabkommen geschaffen, indem dasselbe aus der bisherigen Lohnstafel des Tarifvertrages der Arbeiter herausgenommen wurde.

An den Lohnbewegungen im Jahre 1929 waren 2764 Verbandsmitglieder beteiligt, für die eine gesamte Lohnerhöhung pro Woche von 7643,57 RM. erzielt wurde. Die durchschnittliche wöchentliche Lohnerhöhung für ein Mitglied betrug 2,74 RM.

Kedner erinnerte daran, daß in der gegenwärtigen Krisenzeit es nicht möglich ist, Tarifverträge erfolgreich zu erneuern, sondern daß es Hauptaufgabe des Verbandes ist, in der großen Zeit der Arbeitslosigkeit den Abbau und Arbeiterentlassungen in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben zu verhindern.

Die beiden Berichte beschloß eine lebhaft, vertiefende Aussprache, an der sich 16 Delegierte beteiligten. Nachmittags hielt der Zentralvorsitzende, Kollege Dedebach, einen Vortrag über „Welche Aufgaben stellt die heutige Zeit an die christlichen Gewerkschaften?“. Kedner ging vom Standpunkt aus, daß Krieg, Hungersnot, Pest von jeher schon als Geißeln bezeichnet waren, eine neue komme hinzu die in der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika, England und anderen Staaten zu finden sei. Auf die große Not, die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird, türmen sich zügellose Ungerechtigkeiten, weshalb, um einigermaßen der Not Herr zu werden, die Regierung gezwungen war, eine Notverordnung zu erlassen, weil der Reichstag und besonders die einflußreiche sozialdemokratische Partei in diesen ersten Zeiten versagte. Wenn heute der gegenwärtigen Regierung wegen neuen Belastungen, besonders hinsichtlich der Einführung neuer Steuern, Einführung des Krankenscheines und Bezahlung von 50 Pfg. für Medikamente ein Vorwurf gemacht wird, so sei das ein Unsinn. Wenn die Gewerkschaften heute mit Rücksicht auf die große Notlage in Lohnbewegungen kaum Fortschritte zu verzeichnen haben, so sind sie doch heute besonders notwendig. Wie würde es aussehen mit Lohnabbau und Entlassungen auch bei den Arbeitnehmern der öffentlichen Betriebe in Reich, Staat und Gemeinde, wenn wir nicht Tarifverträge hätten.

Kedner besprach insbesondere auch die sozialen Einrichtungen unseres Verbandes: Gewährung von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, Sterbegeld, Rechtshilfe und die Einführung der neuen Invalidenunterstützungsstufe. Die gegenwärtige Zeit, die von den Prominenten von rechts und links nur in materialistischem Geiste getragene ist, kann nur eine Aenderung erfahren auf dem Boden einer geordneten christlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung.

Kedner appellierte an die Kollegen, in ihren Ortsgruppen für Aufklärung zu sorgen und zu wachen, damit unser Verband nach wie vor ein mächtiger Faktor in der Interessenvertretung der Reichs-, Staats- und Gemeindegewerkschafter bleiben möchte. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte keine Aussprache, weil, wie Versammlungsleiter Kollege Sauer mann erwähnte, dies den Eindruck abschwächen würde.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung wurde noch die Neuwahl der Mitglieder zu den Tarifkommissionen im Bezirke vorgenommen. Es wurden gewählt für die Landestarifkommission der Gemeindegewerkschafter Kollege Bichler (Ingolstadt), Staatsverwaltungsarbeiter Kollege Bruner (München), Straßen- und Flugbauarbeiter Kollege Reindl (München).

Kollege Sauer mann dankte am Schluß der Konferenz den Referenten und übrigen Rednern und forderte die Delegierten auf, das Gehörte hinauszutragen und in die Mitgliederkreise und in Versammlungen auszutragen zu wirken.

Berlin, 25jähriges Dienstjubiläum. Am Sonntag, dem 5. Oktober, konnte unser Mitglied, der Schulbeizer Gustav Mandt, auf eine 25jährige Dienstzeit bei der Stadt Berlin zurücksehen. Wir sprechen dem Jubilar unseren herzlichsten Glückwunsch aus.

## Gedenktafel

+

Gestorben sind die Kollegen:

Walter Meyer, Leipzig	12. 9. 1930
Josef Meyer, Baden-Baden	12. 9. 1930
Ant. Schuhmacher, Ravensburg (Württemberg)	13. 9. 1930
Joh. Jak. Böhm, Mainz	16. 9. 1930
die Kollegin;	
Bertha Otta, Breslau	27. 9. 1930

Ehre ihrem Andenten!